



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mitglied des Thüringer Landtags, Parlamentarische Geschäftsführerin  
Sprecherin für Bildung, Jugend, Justiz, Migration, Flüchtlinge, Religion, Rassismus und Aufarbeitung

Erfurt/Weimar, 24. Juni 2016

## **Liebe Freundinnen und Freunde!**

Mein letzter Newsletter ist bereits ein halbes Jahr Vergangenheit. Wirklich schon so lange?

Dieses letzte halbe Jahr war maßgeblich geprägt von Regierungsarbeit, also, wenn man so will, den Mühen der Ebene. Im Bereich Bildung war neben dem Vorhaben, ein inklusives Schulgesetz auf den Weg zu bringen und der Novellierung des Kitagesetzes vor allem das Auslaufen des Modellprojektes der kommunalisierten Schulhorte Thema.

Der Bereich Asyl- und Flüchtlingspolitik war im Vergleich zum Vorjahr vor allem von einem starken Rückgang der Geflüchtetenzahlen in Thüringen und damit deutlich verbesserten Möglichkeiten der Unterbringung geprägt. Gleichzeitig erleben wir massive Verschärfungen der Asylgesetzgebung auf Bundesebene. Besonders beschäftigt hat uns dabei in den letzten Wochen die Einstufung der Maghreb-Staaten als sogenannte sichere Herkunftsstaaten, die wir aus prinzipiellen und menschenrechtlichen Überlegungen ablehnen. Angesichts von tausenden Toten an den EU-Außengrenzen braucht keine als vermeintlich sicher erklärte Herkunftsstaaten, sondern endlich sichere Fluchtrouten für die fliehenden Menschen.

Die anstehende Funktional- und Verwaltungsreform, vor allem die damit verbundene Gebietsreform erfordert viele Debatten und Detailarbeit. Ich selber geriet zudem intensiver als gedacht mitten in die anlaufenden Diskussionen um einen geplanten Moscheebau der Ahmadiyya-Gemeinde in Erfurt-Marbach. Die Moderation der von mehreren hundert Menschen besuchten Einwohnerversammlung in Marbach hat mich in vielerlei Hinsicht gefordert und wirkt auch noch intensiv nach. Als jemand, die als Christin in der DDR groß geworden ist, werde ich aber nicht müde werden, für Religionsfreiheit zu kämpfen, so wie sie im Grundgesetz verankert ist.

Erneut danke ich an dieser Stelle allen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, die unterstützen, die zuhören und die auch Widerspruch wagen, gegen Kälte und Rassismus in unserem Land, die sich der Hetze entgegenstellen und laut und deutlich dazu NEIN sagen.

Ich sende Euch diese Zeilen, während im Landtag die letzte Plenarsitzung vor der parlamentarischen Sommerpause läuft. Ich freue mich auf diese Pause und auf die Möglichkeit, wieder einmal Kraft zu tanken. Genießt den Sommer. Nehmt Euch Zeit für die Familie oder Freunde und die schönen Dinge des Lebens.

## THEMEN:

- 1) Aktuelles aus dem Landtag (Plenarsitzungen Januar bis Juni )
- 2) Kurz berichtet / Aktuelle Anfragen im Landtag
- 3) Aus dem Erfurter Stadtrat
- 4) Vorschau und Termine

### 1) Aktuelles aus dem Landtag

Die Plenarsitzungen des letzten halben Jahres zeigen eines ganz deutlich: Rot-rot-grün arbeitet. Viele Gesetzentwürfe, meist von der Landesregierung, prägen die Debatten im Landtag.



#### Ende Januar, vom 27.-29.1., traf sich der Landtag zu den ersten Plenarsitzungen in diesem Jahr.

Auf der Tagesordnung standen viele Punkte, nicht alle konnten abgearbeitet werden. TOP 1 war die Debatte zu einer Änderung des Thüringer Gesetzes zur Überprüfung der Abgeordneten auf Mitarbeit bei der Stasi auf Antrag der CDU. Warum es dabei keine einheitliche Meinung der Regierungsfractionen gab, könnt ihr in meiner Rede nachverfolgen: <http://gruenlink.de/16wk>.

Ein Antrag der Koalitionsfraktionen zu öffentlich geförderter Beschäftigung und Teilhabe der Langzeitarbeitslosen am Erwerbsleben in Thüringen wurde angenommen. Hier ging es um Stand und Umsetzung des Landesprogrammes zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Behandelt wurden Gesetzentwürfe der Landesregierung zur Schwangerschaftskonfliktberatung oder zur Bauordnung. Ebenfalls angenommen wurden u.a. weitere Anträge von r2g – zu einem Masterplan Wanderwegenetz für Thüringen, zu Elektromobilität und zur Stärkung der Gesundheit von Pädagoginnen und Pädagogen, wozu ich reden durfte.



Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag der CDU. Unter dem Titel „Zukunft der Thüringer Grundschulhorte sichern“ ging es der Union um die Erhaltung des nicht haltbaren Status Quo. Meine Stellungnahme dazu könnt Ihr hier sehen: <http://gruenlink.de/16wm>.

#### Zum Stand der Überleitung der kommunalen Beschäftigten in den Grundschulhorten:

Nach langem Ringen hat sich die Koalition letztlich, auch aus Rechtsgründen, dazu entschlossen, das Modellprojekt der kommunalisierten Horte zu beenden. Allerdings sind wir mit der Art und Weise der Durchführung durch das Bildungsministerium alles andere als zufrieden. Monatelang passierte nichts, obwohl der Handlungsdruck durch das absehbare Ende der Verträge stieg. Immer wieder wurde im Koalitionsarbeitskreis dazu gesprochen. Nach vielen Nachbesserungen scheint aber nun endlich ein Ergebnis erreicht worden zu sein, das akzeptabel ist.

Demzufolge werden alle betroffenen Erzieherinnen und Erzieher in den Landesdienst übernommen, das gilt auch für den Beschäftigungsumfang und die Erfahrungsstufen. Die Beschäftigungsumfänge sind häufig höher als die der bisherigen Landesbediensteten, die oft nur halbe Stellen haben, wobei wir hier darauf hinwirken, dass auch diese Praxis sich ändert. Alle als ErzieherInnen in den Grundschulhorten Tätigen, die die entsprechende Qualifizierung mitbringen, werden in die Entgeltgruppe E8

eingruppiert – dies zu verhandeln, hat lange gedauert, ist aber letztlich gelungen. So tragen wir auch der Zusage Rechnung, dass niemand schlechter gestellt wird. Jene ohne entsprechenden Abschluss werden nachqualifiziert. Wir werden darauf achten, dass die Möglichkeiten zur zusätzlichen Finanzierung von außerschulischen Angeboten im Ganztage durch freie Träger oder Vereine, die das Modellprojekt bot, weiterhin gegeben sind.

Ab ersten August sollen unsere Grundschulen und Horte als pädagogische Einheit und aus einer Hand den Kindern ein verlässliches und qualitativ hochwertiges Angebot bieten. Wenn Euch in den Horten ab dann Probleme bekannt werden – bitte meldet euch.

### **Am 24. und 25. Februar traf sich der Landtag zur nächsten Plenarsitzung.**

In der aktuellen Stunde ging es zunächst um Brandanschläge, konkret einen in Kahla. Dem Gesetz zur Änderung des Nachbarrechts wurde zugestimmt. Eine energetische Sanierung durch Dämmung eines Hauses, das direkt an der Grundstücksgrenze steht, wird nun nicht mehr daran scheitern, dass ein Nachbargrundstück geringfügig in der Luft überbaut wird.

Abgelehnt wurden dagegen Anträge der Oppositionsfractionen, die den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Wasserzentrifugieren verhindern wollten. Die Koalition hat sich aber des Themas angenommen und eine Lösung gefunden. Eine Gebühr für die Entnahme von Wasser aus dem Boden, deren Summe wiederum dem Hochwasserschutz zu Gute kommen sollte, wird nicht eingeführt. Die geplanten Maßnahmen des Hochwasserschutzes, für die auch unsere Ministerin Anja Siegesmund eintrat, werden trotzdem finanziert.



Rot-Rot-Grün haben sich im Wissen um die besondere Verantwortung die Aufarbeitung des SED-Unrechtes auf die Fahnen geschrieben. Ein Beitrag dazu ist die Einführung des 17. Juni als Gedenktag. Dieser Tag steht wie kein anderer für das Aufbegehren von Menschen gegen das SED-Regime. Meine Rede dazu findet ihr hier zum Nachschauen: <http://gruenlink.de/16wp>.

Die angemessene Unterbringung von Geflüchteten wird auch in diesem Jahr weiter eine Herausforderung für Land, Landkreise und Kommunen darstellen. Deshalb hat die Landesregierung einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der festschreibt, dass die kreisangehörigen Gemeinden bei der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge mitwirken sollen. Warum ich das für den richtigen Weg halte, könnt ihr hier nachschauen: <http://gruenlink.de/16wn>.

Entscheidend wird nun sein, bei den derzeit in der Beratung entstehenden Standards für Unterbringung insbesondere auf besonders schutzbedürftige Gruppen zu achten. Entscheidend müssen aus unserer Sicht stets das Kindeswohl aber auch der besondere Schutz von Frauen und Minderheitenangehörigen sein.

### **Landtagssitzungen im März**

Im März nahm vor allem die Regierungserklärung zur europapolitischen Strategie des Freistaates und eine ausführliche Debatte dazu den größten Raum ein. Beschlossen wurde weiter u. a. die Änderung der Thüringer Bauordnung. Angeschoben wurde zudem die Förderung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene durch einen Gesetzesentwurf sowie eine Neuausrichtung des Kulturlandschaftsprogrammes für artenreiches Grünland, Ökolandbau und artenreiche Fruchtfolgen durch einen Antrag von r2g.



## Vom 21.-23. April traf sich der Landtag zur nächsten Plenarsitzung.

Wenige Tage zuvor hatte eine Expertenkommission dem Bundestag Vorschläge vorgelegt, wie mit den Stasi-Akten, dem Bundesbeauftragten und seiner Behörde sowie den Außenstellen in den Ländern verfahren werden sollte. In unserer Aktuellen Stunde haben wir dies aufgegriffen. Je Land soll – so die Maßgabe des Bundes - mindestens eine Außenstelle erhalten werden. Wir setzen auf Aufarbeitung auch und gerade in der Peripherie und dabei auf die Stärkung der authentischen Orte in Gera (Amthordurchgang), Erfurt (Andreasstraße) und Suhl (ehemalige Haftanstalt, heute Teil des Staatsarchives Meiningen) durch intensivere Zusammenarbeit mit der Stasi-Unterlagen-Behörde. Meinen Beitrag dazu gibt es hier zu sehen: <http://gruenlink.de/16ws>.



Beschlossen wurde nach einer intensiven Debatte die Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes: Der 17. Juni wurde als Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechtes eingeführt. Erneut habe ich dazu im Landtag gesprochen und Vorschläge der CDU zu weiteren Gedenktagen wie zur Thüringer Verfassung zurückgewiesen.

Intensiv debattiert und mit den Stimmen der Koalition in erster Lesung bestätigt wurde das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen. Zugegeben war und ist die Kommunikation insbesondere seitens des Innenministeriums dazu suboptimal. Ich bin aber fest davon überzeugt:

Wenn wir Thüringen eine Zukunft geben wollen, müssen wir die Verwaltungen auf allen Ebenen optimieren und modernisieren, Anpassungen an die demografische Entwicklung vornehmen und Vorkehrungen für drastisch weniger Landesmittel nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II treffen. Das Vorschaltgesetz stellt wichtige Weichen. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass der Landtag in manchen Einzelfällen andere Prioritäten setzen kann und sollte.



Angeregt haben die Koalitionsfraktionen durch entsprechende Anträge eine Stärkung des ÖPNV und eine bessere Berücksichtigung Thüringens bei der laufenden Novelle des Bundesverkehrs-

wegeplans: Wir wollen andere Prioritäten setzen, und z.B. Ausbau und Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und Gera mit höchster Priorität behandelt sehen.

## Landtagssitzungen im Mai

Die AfD hatte Anfang Mai ein neues Kampffeld für sich entdeckt. Es wurde bekannt, dass die Ahmadiyya-Gemeinde den Bau einer kleinen Moschee im Gewerbegebiet in Erfurt-Marbach beabsichtigt. Dies wurde auch Thema der Aktuellen Stunde durch die AfD, in der diese alle Feindbilder von den Barbaren aus dem islamischen nahen Osten bediente. Religionsfreiheit oder andere Grundrechte unserer Verfassung gelten, nach Auffassung der selbsternannten Alternative, falls überhaupt, nur für deutsche Landsleute, jedenfalls nicht für Flüchtlinge nichtchristlichen Bekenntnisses. Meine Entgegnung dazu könnt ihr hier anschauen: <http://gruenlink.de/16wu>.

Erneut beschäftigte die AfD ansonsten den Landtag mit Anträgen, denen jegliche inhaltliche Substanz

fehlte. Denn immer wieder – fast egal bei welchem Thema – kommt es bei deren Beiträgen zu dem Punkt, das immer die Flüchtlinge an allem schuld sind oder wenn mal nicht, dann eben die rot- oder grünlackierten wahlweise auch grünlinksversifften Faschisten (O-Ton). Der Umgangston im Plenarsaal wird vor allem von ganz rechts zunehmend rüder, Beschimpfungen sind üblich, die Anzahl der Rügen und Ordnungsrufe zeigt das auch deutlich an. Die demokratische Kultur jedenfalls leidet darunter erheblich und spurlos geht ein solcher Umgang an vielen von uns nicht vorbei...

Auf den Weg gebracht wurde u. a. eine Regelung für Grabstätten unter Waldbäumen (Friedwald) durch einen Gesetzentwurf der Landesregierung. Zu Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Beschulung von Flüchtlingskindern auf Antrag der CDU durfte ich im Plenum reden: <http://gruenlink.de/16wv>. Allerdings gilt schon jetzt: Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und etliche Rahmenbedingungen sind im Schulgesetz eigentlich schon gut und eindeutig geregelt. Aber es gibt nichts, was man nicht noch besser machen könnte – zudem braucht es Klarheit. Die Schulpflicht bspw. ist nicht verhandelbar. Und diese gilt es umzusetzen. Zu dem Antrag der CDU hat r2g einen Alternativantrag erarbeitet, den wir in der Sitzung unserer grünen LAG Bildung am 20. Juni vorgestellt haben, dieser wird nun im Landtag eingebracht und ebenfalls in den Ausschuss verwiesen. Im Ausschuss selbst wollen wir zu beiden Anträgen eine mündliche Anhörung durchführen und das Thema tiefergehend beraten. Debattiert wurde im Plenum u. a. auch zu Brenntagen und zur Novelle des EEG im Bund.

## ENTWURF Landesjugendförderplan 2017 bis 2021

Schließlich wurde im Maipforum auch gewählt: So bin ich nun stellvertretendes Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss und durfte am 6. Juni auch schon an der ersten Sitzung des LJHA teilnehmen. In der Planungsgruppe zur Erarbeitung des Landesjugendförderplans für 2017-2021 habe ich schon das gesamte letzte Jahr intensiv mitgearbeitet. Der Plan wird nunmehr über den Sommer öffentlich ausgelegt, Ihr findet ihn durch Klick auf die Grafik.

Die einzige Fraktion, die hier die Mitarbeit durch konsequente Abwesenheit verweigerte, war übrigens die AfD.

### **Aktuell trifft sich der Landtag zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause.**

Die Sitzung begann mit einer Schweigeminute für die ermordete britische Unterhausabgeordnete Jo Cox. Ihr Ehemann schrieb zu ihrem Tode: "Hass hat keinen Glauben, keine Religion, er ist giftig".<sup>1</sup>

Rechtzeitig vor Eintritt in die Tagesordnung wurde bekannt, dass ein Eilantrag der Fraktion der AfD gegen eine Verkürzung der Redezeit vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt wurde. Diese Verkürzung für einen Teil der 43 Punkte umfassenden Tagesordnung war notwendig und wurde durch den Ältestenrat des Landtages auch mit den Stimmen der CDU beschlossen. Damit sollte erreicht werden, den gewaltigen Antragsstau abuarbeiten, an dessen Entstehen gerade diese Fraktion nicht unbeteiligt war. Auch in der aktuellen Stunde gerierte sich die AfD zu diesem Thema wieder einmal als Opfer – konnte aber auf Nachfrage kein einziges ihrer Themen benennen, das länger debattiert werden sollte. Vielleicht sollte die AfD auch mal in die Geschäftsordnung des Landtages schauen, in den Ausschüssen mitarbeiten und Vorschläge unterbreiten oder noch besser einfach den Rechtsstaat anerkennen? Meine Entgegnung dazu findet Ihr hier: <http://gruenlink.de/170u>.

Allein die Diskussion der Tagesordnung dauerte aber letztlich auch aufgrund der Redezeitdiskussion



<sup>1</sup> zitiert nach Zeit online vom 17.6.2016

schon 40 Minuten...

Auf Antrag der CDU kam es anschließend in der Aktuellen Stunde zu einem Schlagabtausch über die Bildungspolitik der aktuellen Landesregierung. Wir haben dabei deutlich gemacht, dass die Personalsituation im Bildungsbereich zwar nicht gerade einfach ist, wir jedoch als rot-rot-grüne Landesregierung versuchen so gut wie möglich gegenzusteuern. Allerdings wiegen die Hinterlassenschaften der CDU-Regierungszeit schwer. So hat die Nichteinstellungspolitik der CDU zu einem hohen Altersdurchschnitt der Lehrkräfte geführt, der wiederum zu einem Anstieg von langzeiterkrankten Lehrkräften, was sich in einem entsprechenden Ausmaß des Unterrichtsausfalls bemerkbar macht. Gemeinsam mit der Landesregierung haben wir daher als r2g-Fraktionen reagiert und mit dem Landeshaushalt 2016/2017 die Voraussetzungen für 1300 Neueinstellungen in den diesem und im nächsten Jahr geschaffen. Hinzu kommen noch zusätzliche DaZ-Lehrkräfte. Klar ist jedoch auch mit Blick auf den Doppelhaushalt, dass wir auch in den kommenden Jahren Neueinstellungen in Größenordnungen brauchen werden.



Gefreut habe ich über das Gesetz zur Dualen Hochschule Gera-Eisenach, das im Februar in erster Lesung behandelt, und gestern endgültig beschlossen wurde. Damit bekommt die bisherige Berufsakademie einen Hochschulstatus, Gera und Eisenach werden Hochschulstandorte. Dafür habe ich jahrelang gekämpft.

Mehr als sechs Stunden dauerten Debatte und Abstimmungsmarathon zum Vorschaltgesetz zur Gebietsreform. Mit 47 Stimmen, die komplette Koalition und ein Fraktionsloser, wurde das Gesetz angenommen. Die Bürger\*innenbeteiligung im Prozess haben wir dabei festgeschrieben. Auf den Weg gebracht wurde in erster Lesung auch ein Gesetz zu den Grundsätzen von Funktional- und Verwaltungsreformen. Damit können die Reformen zu einem Gesamtpaket werden.

Meine mündliche Anfrage zu einer möglichen Straftat mit Schusswaffe wahrscheinlich gegen eine Ausländerin in Gera-Bieblach-Ost wurde beantwortet. Offenbar gab es keine Schädigung von Personen. Die Antwort senden wir gerne zu. Die Plenarsitzung läuft zur Stunde noch, 18 Punkte der Tagesordnung sind abgearbeitet...

## 2) Kurz berichtet

- Im Rahmen eines Wahlkreistages war ich am 10. Juni in der Gedenkstätte Buchenwald. Ich kann die neue Ausstellung nur empfehlen. Streng auf das Wesentliche beschränkt, gelingt es trotzdem, auch Aspekte zu beleuchten, die vorher nicht zu sehen waren, wie die Befreiung oder die Nachwirkung der NS-Zeit in den beiden deutschen Staaten: <http://gruenlink.de/16z4>.
- Mit der Demokratie neu beginnen. Gegen die Politik der Angst, für eine Politik der Hoffnung. Dieser Aufruf des Institutes für Solidarische Moderne von Andrea Ypsilanti, Volker Koehnen und mir erschien in der Frankfurter Rundschau, ihr findet ihn u.a. hier: <http://gruenlink.de/16zf>.
- Auf Einladung des Werkstatttrates war ich beim Christophorus-Werk in Erfurt: <http://gruenlink.de/16z6>. Denn die dort tätigen hatten ein Anliegen: Warum werden in Erfurt die 25 Euro Weihnachtsgeld komplett auf die Grundsicherung angerechnet, in Frankfurt dagegen nicht? Ich werde bei der Stadt Erfurt nachfragen und beim Land mit einer Anfrage die Situation in den anderen Kreisen und kreisfreien Städten erkunden.



- Einen Bericht zu unserem Fachgespräch zum Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt unter Geflüchteten am 08. Juni im Thüringer Landtag findet ihr hier: <http://gruenlink.de/1716>.
- Zu einem Wahlkreistag war ich Anfang April in Mühlhausen beim ASB, der Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Ausländer\*innen (UMA) und eine der größten Indoorskatehallen Deutschlands: <http://gruenlink.de/16za>.
- Was wird aus dem Thüringenkolleg in Weimar? Am 14. März war ich vor Ort, um mit der SchülerInnenvertretung und der Direktorin die Zukunft zu besprechen. Nach derzeitigem Stand scheint ein Zusammengehen mit dem beruflichen Gymnasium in Weimar ein gangbarer Weg zu sein.
- Bei den jüngst stattgefundenen Mitgliederversammlungen von mobit e.V. und des Flüchtlingsrates Thüringen habe ich unsere grüne Landtagsfraktion vertreten.



- Eine Besuchsreihe führte mich im Januar nach Gera und im April nach Suhl zu den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes sowie der Gemeinschaftsunterkunft in Gera. Während die Landesstellen sehr gut wirkten, war der Eindruck in der GU in Gera nicht so eindeutig.
- Zur zukünftigen Theaterstruktur in Thüringen und Weimar hatte der Kreisverband Weimar Madeleine Henfling und mich im Februar eingeladen. Vor dem Hintergrund des Papiers der Landesregierung zur Theater- und

Orchesterstruktur war die Diskussion sehr lebhaft, auch die evt. Folgen der Gebietsreform für Weimar wurden diskutiert: <http://gruenlink.de/16zb>.

Für ein eigenständiges Deutsches Nationaltheater mit Staatskapelle in Weimar hat am 15. Juni auch die grüne Stadtratsfraktion in Weimar dem neuen Finanzierungsvertrag zugestimmt.

- Freies Internet für alle! Zumindest in der Nähe meiner Büros in Mühlhausen und Gera gibt es freies kabelloses Internet für alle in Zusammenarbeit mit den regionalen Freifunk-Initiativen. Weimar wird im Herbst folgen.

## Aktuelle Anfragen im Landtag

... gern. auch zu den Themen, die Euch bewegen. Mit Klick auf die Anfragen lassen sie sich als pdf herunterladen, mit Antworten, soweit schon vorliegend.

- Zu einer möglichen Straftat mit Schusswaffe wahrscheinlich gegen eine Ausländerin in Gera
- Zur Personalsituation, Seiteneinsteiger, Mangelfächer und Förderprogramme im Schulbereich
- Zur zahnmedizinischen Versorgung von Asylsuchenden in Thüringen – Teil 1 und Teil 2
- Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und weiteren Entschädigungsleistungen

Weitere Anfragen z.B. zu Öffentlich-Privaten-Partnerschaften im Bildungsbereich findet Ihr auf meiner Homepage.

### 3) Aus dem Erfurter Stadtrat

Auch im Erfurter Stadtrat gab und gibt es immer unterschiedlichste Themen zu bearbeiten. Leider lässt der Haushaltsentwurf für 2016 noch immer auf sich warten, was die Arbeit für alle im sog. „freiwilligen Bereich“ erheblich erschwert. Auf Stadtebene wurde im Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses, in dem ich uns vertrate, ebenfalls ein neuer Jugendförderplan erstellt, der nunmehr in die Auslegung geht. Neu war auch die Umsetzung der Richtlinie der Finanzierung der Tagesmütter. Thema war auch die Erhöhung der Betriebserlaubnis aller Kitas um 5%, um Plätze für die Kinder von Geflüchteten zu schaffen. Neu eingeführt wird in Bälde außerdem ein Onlineverfahren zur Vergabe der Kitaplätze.



Im Sozialausschuss, dessen Vorsitzende ich bin, spielte immer wieder die Unterbringung und soziale Begleitung und Betreuung der Geflüchteten eine große Rolle. Wir haben alle Träger eingeladen und angehört, die Polizei, auch die Arbeitsagentur und das Jobcenter. Ziel in Erfurt ist und bleibt die möglichst dezentrale Unterbringung. Außerdem arbeiten wir derzeit an einer Fortschreibung des Erfurter Integrationskonzeptes, um vom Willkommen zur echten Teilhabe aller zu kommen. Leider macht Hetze und Rassismus auch vor der ehrenamtlichen Arbeit in der Kommune nicht Halt. Dies äußerte sich auch und gerade im schier unerträglichen Agieren des Stadtratskollegen Prof. Dr. Dr. Pistner von der CDU im Zusammenspiel mit Frau Herold (AfD).

Beschäftigt hat uns außerdem immer wieder die Frage, ob es auch in haushaltslosen Zeiten ein Sozialticket für die EVAG geben kann, was wir bejahen, da wir Mobilität für alle gewährleisten wollen. Das Agieren der Verwaltung und der Stadtspitze war hier mitunter, vorsichtig formuliert, wenig hilfreich. Noch immer ist unklar, ob die Betroffenen auch in der 2. Jahreshälfte 2016 den Zuschuss in Höhe von 15 Euro zum Sozialticket in Anspruch nehmen können oder nicht.

In der Fraktion haben wir intensiv über das Bäderkonzept Erfurts diskutiert und uns für den Erhalt des Dreienbrunnenbades stark gemacht. Wir haben uns für mehr Fassadenbegrünung eingesetzt und für weniger Versiegelung gestritten. Wir haben den Weg frei gemacht für eine Gemeinschaftsschule in Hochheim und uns intensiv mit dem Schulnetzplan befasst. Wir streiten für mehr und bessere Radwege und die Stärkung der Kultur. Ihr seht: Wir denken auch hier global, handeln aber lokal und suchen der Stadt Bestes.

### 4) Vorschau und Termine

- Mit unserem Bundesvorsitzenden Cem Özdemir kann man am 19. Juli in Weimar und vorr. auch in Erfurt unterwegs sein. Ich werde dies jedenfalls tun.
- Die nächsten **Plenarsitzungen** des Landtages finden vom 30.8.-2.9. sowie 28.-30.9. statt.
- Bereits zum 7. Mal laden wir ein zur **GrenzerFAHRung**. Veranstalter der Radtour entlang der ehem. innerdeutschen Grenze sind dieses Jahr Carsten Meyer (als Erfinder der Tour) für DAKT e.V. sowie Roberto Kobelt und ich für die grüne Landtagsfraktion. Vom 12.-14. August 2016 geht es vom Drei-Freistaatenstein am thüringisch-sächsisch-bayrischen Dreiländereck via Naila und Probstzella zum Ziel und Grenzort Heinersdorf-Welitsch. Da die Plätze begrenzt sind, bitte bei Interesse ganz schnell anmelden, Mail an: [grenze-erfahren@posteo.de](mailto:grenze-erfahren@posteo.de).
- Wir laden ein zum **Filmabend**: Am 25. August, 18 Uhr in Gera! In Zusammenarbeit mit mobit gibt es Filme zur rechten Szene, deren Immobilien und Konzerte, zu Antisemitismus und alltäglichem Rassismus. Bitte vormerken und kommen!



## **Liebe Freundinnen und Freunde,**

in der schulfreien Zeit sind auch Ferien im offiziellen Politikbetrieb, Landtag und kommunale Räte pausieren. Für mein Team und mich heißt das auch einmal Zeit zum Durchatmen, Erledigen manch liegengeliebener Aufgaben, Ausgleich von Überstunden, Hausbau, und vor allem Urlaub.

Ich wünsche euch allen einen schönen und erholsamen Sommer.



*Wenn Ihr Ideen, Wünsche, Anregungen oder Kritik für unsere Arbeit habt, lasst es mich bitte wissen. Ich komme gern zu Euch und auch Ihr seid mir – nicht nur in meinen Büros - sondern auch sonst - stets willkommen.*

Herzlich grüßt Euch Eure

*Astrid Rothe-Beinlich*

---

### Kontakt und Impressum:

Abgeordnetenbüro in Weimar: Burgplatz 5, 99423 Weimar; T: +49(0)3643/ 9007850, F: +49(0)3643/ 493689,

Mail: [weimar@rothe-beinlich.de](mailto:weimar@rothe-beinlich.de)

Abgeordnetenbüro in Gera : Heinrichstraße 50, 07545 Gera; T: +49(0)365/ 55 146 65,

Mail: [gera@rothe-beinlich.de](mailto:gera@rothe-beinlich.de)

Abgeordnetenbüro in Mühlhausen: Herrenstr. 21, 99974 Mühlhausen; T: +49(0)3601/ 993709

Mail: [muehlhausen@rothe-beinlich.de](mailto:muehlhausen@rothe-beinlich.de)

Herausgeberin: Astrid Rothe-Beinlich, MdL

Büroleitung und Redaktion des Newsletters: Andreas Leps

Bildquellen: Grüne Landtagsfraktion, Nils Fröhlich, Wikimedia, Eigenes Archiv